



Brüssel, den 10. April 2017
(OR. en)

7785/17
ADD 1

**Interinstitutionelles Dossier:
2016/0185 (COD)**

**CODEC 506
TELECOM 75
COMPET 224
MI 287
CONSOM 120**

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

Betr.: Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 531/2012 in Bezug auf Vorschriften
für Großkunden-Roamingmärkte (erste Lesung)
– Annahme des Gesetzgebungsakts
= Erklärung

Erklärung Kroatiens, Griechenlands, Spaniens und Zyperns

In Anbetracht des Ergebnisses der dritten Trilogsitzung vom 31. Januar, das der maltesische Vorsitz
am 1. Februar auf der Tagung des AStV (1. Teil) vorgestellt hat, und des auf der Tagung des AStV
(1. Teil) vom 8. Februar erarbeiteten Kompromisstextes sehen wir uns veranlasst, zu verschiedenen
Punkten Stellung zu nehmen, die bewirken, dass die getroffene Vereinbarung keine faire Lösung für
alle Staaten darstellt.

In erster Linie möchten wir unsere tiefe Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringen, dass die end-
gültige Fassung zu stark von der Allgemeinen Ausrichtung sowie der ursprünglichen Bewertung der
Europäischen Kommission und ihrem Vorschlag für die nachhaltige Umsetzung von „Roaming zu
Inlandspreisen“ (Roam-like-at-Home, RLAH) abweicht.

Wir unterstützen zwar das Konzept RLAH sowie die in Verordnung (EU) Nr. 531/2012 vorgesehene Abschaffung der Endkunden-Roamingaufschläge voll und ganz, sind jedoch der Meinung, dass durch die endgültige Textfassung unwiederbringliche Verluste für die Anbieter regulierter Roamingdienste nicht wirksam verhindert werden, besonders wenn bezüglich eingehender und ausgehender Anrufe bei den verschiedenen Anbietern bedeutende Ungleichgewichte im Roamingverkehrsaufkommen bestehen. Das politische Ziel der Abschaffung der Roamingaufschläge bis Juni 2017 hätte auch unter Umsetzung eines Ansatzes verwirklicht werden können, der nachhaltig und für alle Mitgliedstaaten fair ist, auch für diejenigen, die Besonderheiten wie hohe Saisonabhängigkeit, breite geografische Streuung der Netzinfrastruktur und starke Ungleichgewichte beim Roamingverkehr aufweisen.

Die Deckung aller durch die Einführung von RLAH für die Mobilfunkanbieter entstehenden Kosten und die Erhaltung von Investitionsanreizen auf den besuchten Märkten waren stets Grundannahmen für die Tragfähigkeit des europäischen Mobilfunkmarkts und für ein Vermeiden von Verzerrungen. Trotz dieser Annahmen können insbesondere die vereinbarten Werte für die schrittweise Senkung der Obergrenzen für Roamingvorleistungsentgelte die Deckung dieser Kosten nicht gewährleisten, was unweigerlich zu Verzerrungen auf den besuchten Märkten führen und Investitionen in diesem wichtigen Wirtschaftsbereich hemmen wird.

Unter diesen Voraussetzungen stellt die Abschaffung von Endkunden-Roamingaufschlägen eine enorme Herausforderung für die Mobilfunkbetreiber in der gesamten EU dar und die Kosten dafür hätten fair unter allen Mitgliedstaaten aufgeteilt werden müssen. Der endgültige Kompromisstext hingegen bewirkt, dass die Hauptlast von einer geringen Zahl von Mitgliedstaaten mit den oben erwähnten Besonderheiten zu tragen sein wird, was ein gewisses Risiko mit sich bringt, dass die Inlandspreise aufgrund des sogenannten Wasserbett-Effekts auf nationaler Ebene steigen werden. Diese Verzerrung wird zu einer Quersubventionierung führen, bei der die Verbraucherschaft in den betroffenen Ländern diejenigen Personen finanziert, die internationales Roaming nutzen.

Darüber hinaus ist bedauerlicherweise der vorgeschlagene Tragfähigkeitsmechanismus, der nur in extremen und gut begründeten Fällen hätte angewandt werden können und den einzigen Ausweg aus möglicherweise katastrophalen Situationen großer Verzerrung geboten hätte, nicht Teil der Vereinbarung. Dadurch, dass diese Klausel gestrichen wurde, entfällt die Möglichkeit einer raschen und objektiv gerechten Lösung von Problemen in Bezug auf die Kostendeckung des Roamings; es unterstreicht zudem das Ungleichgewicht der erzielten Vereinbarung und bewirkt, dass es zu potenzieller Diskriminierung der im Vorleistungsbereich tätigen Betreiber, denen kein Schutzmechanismus zur Verfügung steht, gegenüber den Einzelhandelsunternehmen, die von einem Tragfähigkeitsmechanismus profitieren, kommt.

In Anbetracht der vorstehenden Ausführungen fordern wir die Kommission auf: a) die Entwicklungen bezüglich RLAH sowie die Auswirkungen der Abschaffung der Endkunden-Roamingaufschläge auf die Inlandsmärkte genau zu verfolgen, b) bereit zu sein, gegebenenfalls auch vor der in der vereinbarten Textfassung vorgesehenen Überprüfung Korrekturmaßnahmen zu ergreifen und c) bei der Berichterstattung über die Auswirkungen von RLAH vor dem Europäischen Parlament und dem Rat im Detail auf die Auswirkungen von RLAH auf Investitionen einzugehen.

Schließlich bekräftigen wir trotz der widrigen Umstände unser Bekenntnis zu RLAH für die Verbraucherschaft und zu einer kontinuierlichen Bereitstellung hochqualitativer Mobilfunkdienste für alle Nutzerinnen und Nutzer.
